

Antrag Nr. 09-F-25-0044

Koa

Betreff:

Gemeinsamer Unterricht

-Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 16.04.2009-

Antragstext:

Die UN-Konvention über die Rechte behinderter Menschen wurde 2009 für Deutschland verbindlich. Die Konvention fordert, den gemeinsamen Unterricht (GU) von behinderten und nicht-behinderten Kindern zur Regel zu machen, schulische Bildung soll „inklusiv“ gestaltet werden. D.h. wo immer es möglich ist, sollen Behinderte die Regelschulen besuchen, dies fordern auch Sozialverbände sowie Bildungsexpertinnen und -experten.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- Wie viele Anmeldungen von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf im gemeinsamen Unterricht (GU) gab es zu Beginn des letzten Schuljahres (getrennt nach Grundschulen und weiterführenden Schulen)?
- Wie viele Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf haben keinen Platz im GU gefunden und werden in Förderschulen beschult?
- Ist die Stadt Wiesbaden mit dem staatlichen Schulamt darüber im Gespräch wie der Ausbau des GU vorangebracht werden kann?
- Wann ist mit der Einrichtung weiterer GU-Angebote an den verschiedenen Schultypen zu rechnen?

Wiesbaden, 23.04.2009